



Pressemitteilung

10. April 2024

BVMB fordert schnelle Finanzspritze für den Bundesfernstraßenbau

Warnmeldung der Autobahn GmbH über Milliardenloch stößt auf massive Kritik

Die deutschen Bundesfernstraßen inklusive insbesondere der Brücken brauchen dringend eine Frischzellenkur. Viele der Bauwerke sind deutlich in die Jahre gekommen und leiden unter einem langjährigen Sanierungsstau. Über 4.000 Modernisierungen allein von Autobahnbrücken hatte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) für die nächsten Jahre angekündigt. Jetzt hat die Autobahn GmbH des Bundes die „Euphoriebremse“ gezogen: Aktuell fehlen 9,7 Milliarden Euro für Neu- und Ausbau, Erhalt und Betrieb aller Bundesfernstraßen für die nächsten vier Jahre. „Das ist eine mittlere Katastrophe, die wir so fast schon prophezeit haben“, reagiert der zuständige Geschäftsführer Daniel Jonas der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB). Hauptgeschäftsführer Michael Gilka fordert parallel die Bundesregierung auf, massiv nachzubessern: „Hier geht es nicht um einen Schönheitswettbewerb, hier geht es schlicht um elementare Notwendigkeiten, damit unsere Infrastruktur und Wirtschaft keinen massiven Schaden erleiden.“ Darüber hinaus habe die Bauwirtschaft auf die Ankündigungen der Regierung hin erhebliche Kapazitäten aufgebaut. „Es kann nicht sein, dass die jetzt alle ungenutzt stillstehen – den zunehmenden Wettbewerbsdruck aufgrund stockender Ausschreibungstätigkeit spüren unsere Unternehmen schon jetzt“, ergänzt Jonas.

Mehrfach verlässliche überjährige Finanzmittel bereits in der Vergangenheit gefordert

„Wir haben mehrfach schon den Bundesverkehrsminister aufgefordert, für eine verlässliche Finanzausstattung für den Erhalt eines leistungsfähigen Bundesfernstraßennetzes zu sorgen. Wir haben bewusst eine überjährige auskömmliche Mittelbereitstellung eingefordert, damit das jährliche Zittern um Bauaufträge endlich einmal endet“, blickt BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka zurück. „Und jetzt ist genau das eingetreten, wovor wir unermüdlich gewarnt haben“, ergänzt sein Geschäftsführer Daniel Jonas. Die Autobahn GmbH des Bundes hat aktuell öffentlich Alarm geschlagen und eine Finanzlücke von rund 9,7 Milliarden Euro für Neu- und Ausbau, Erhalt und Betrieb aller Bundesfernstraßen für die nächsten vier Jahre gemeldet. „Das ist eine Katastrophe für das Land und die Bauwirtschaft“, kommentiert Jonas diese Entwicklung und fordert dringend eine Aufstockung der Finanzmittel für den Fernstraßenbau.

„Unser Land lebt davon, dass Güter und Personen ungehindert von A nach B transportiert werden können. Von einem leistungsfähigen Fernstraßennetz hängt ab, wie gut Deutschland und seine Wirtschaft funktionieren können“, so Jonas. Beispiele wie die inzwischen gesprengte Rahmedetalbrücke entlang der Sauerlandlinie A45 hätten mehrfach gezeigt, welche dramatischen Auswirkungen es habe, wenn eine Hauptverkehrsader plötzlich gesperrt werden muss – und das für etliche Jahre, bis der Ersatzbau geplant, genehmigt und gebaut ist. Dieses Schicksal droht aktuell mehreren Brückenbauwerken. Damit die aktuell über 4.000 modernisierungsbedürftigen Bauwerke allein an Autobahnen aufgearbeitet werden können, müsste die Bundesregierung bis 2028 insgesamt rund 5,5 Milliarden Euro für das von Wissing angestoßene Brückenmodernisierungsprogramm zusätzlich zur Verfügung stellen, rechnet Gilka vor.

Bauwirtschaft leidet unter Unzuverlässigkeit der Bundesregierung

Auch für die Bauwirtschaft bedeutet die aktuelle Entwicklung eine massive Beeinträchtigung. Die Straßen- und Brückenbauer, die vielfach mittelständisch aufgestellt sind, orientieren sich als Unternehmer am Bedarf. „Die Betriebe haben nach der vollmundigen Ankündigung der Bundespolitik, dass in den nächsten Jahren etliche Straßen- und Brückenbauaufträge auf den Markt kommen, Ihre Kapazitäten massiv ausgebaut“, berichtet Jonas. Es könne nicht angehen, dass diese bestellten Kapazitäten jetzt von der Autobahn GmbH nicht abgerufen werden können, weil der Bund die Gesellschaft „finanziell am ausgestreckten Arm verhungern lässt“. Stillstand in diesem drohenden Umfang sei der Bauwirtschaft nicht zumutbar und gefährde auf Dauer den Bestand von Bauunternehmen. „Was wir brauchen, ist endlich Verlässlichkeit der Bundesregierung“ stößt BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka insoweit die Ampelkoalition an und fordert eine „schnelle, massive und endlich mal beständige Finanzspritze“. Deswegen unterstützt der Verband auch Instrumente wie beispielsweise die von Bundesminister Wissing ins Spiel gebrachte Fondslösung zur Sicherstellung der Finanzierung.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.